

Eröffnung der U.S. Botschaft in Jerusalem und Ausschreitungen in Gaza, Trumps Schweigegeldzahlung an Pornodarstellerin Stormy Daniels und Amoklauf an High School in Santa Fe, Texas

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 14. bis zum 18. Mai 2018

(cw) Aufgrund der Verlegung der U.S. Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem kam es am Gazastreifen zu Protesten, die mit Waffengewalt durch israelische Truppen niedergeschlagen wurden. Am Mittwoch veröffentlichte das Office of Government Ethics Trumps jährliche Finanzaufstellung, die Fragen aufwirft. Ein schockierender Zwischenfall ereignete sich an einer High School in Santa Fe, Texas—ein bewaffneter Jugendlicher schoss um sich und tötete zehn Menschen.

Zu Ehren des siebzigsten Jubiläums der Staatsgründung Israels eröffnete der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu gemeinsam mit Ivanka Trump am Montag die U.S. Botschaft in Jerusalem. Die festliche Stimmung in Jerusalem überschatteten jedoch Ausschreitungen am Gazastreifen. Schätzungsweise 40.000 Palästinenser zogen dort an die Grenze, um gegen die Eröffnung der Botschaft zu protestieren. Im Verlauf des Vormittages arteten die Proteste aus. Demonstranten, aufgefordert von der Terrororganisation Hamas, versuchten den Grenzzaun nach Israel zu zerstören. Das israelische Militär reagierte mit Schüssen und sandte mit Tränengas beladene Drohnen nach Gaza. Die schreckliche Bilanz des Tages—schätzungsweise 58 Tote und 2800 Verletzte. Die *New York Times* folgerte, dass diese konträren Ereignisse eine Menge über das amerikanisch-israelische Verhältnis aussagten, welches „nie enger gewesen ist, aber innerhalb dieser Nähe Samen potentieller Entfremdung trägt.“ Der *Boston Globe* sowie die *New York Times* sind sich einig, dass die Schuld an den Ausschreitungen sowohl dem Militär als auch den Demonstranten zuzuschreiben und Zeichen des langwierigen Konfliktes zwischen Israel und Palästina ist. Der *Boston Globe* führte an, dass schon die Bezeichnung der Demonstrationen durch die Hamas als „Marsch der Rückkehr“ auf jene Reaktion des Militärs hätte schließen lassen. Die Proteste wären ein „klarer, unmissverständlicher Versuch gewesen, initiiert und unterstützt von der

Hamas, den Grenzzaun niederzureißen, ohne Rücksicht auf zivile Opfer zu nehmen“ und danach in Israel einzufallen. Doch selbst dies „rechtfertige die unverhältnismäßige Gewaltanwendung des israelischen Militärs kaum,“ wie die *New York Times* bemerkte. Laut *LA Times* müssten beide Seiten einen ersten Schritt wagen, „die Opfer des jeweils anderen anzuerkennen und Respekt für die Wunden der Vergangenheit aufzubringen,“ um den jahrzehntelangen Konflikt vielleicht irgendwann beilegen zu können.

Aufsehen erregte in dieser Woche auch die jährliche Finanzaufstellung des U.S. Präsidenten, die am Mittwoch vom Office of Government Ethics veröffentlicht wurde. Sie beinhaltet eine Zahlung in Höhe von \$130.000 an Trumps persönlichen Anwalt Michael Cohen, deren Zweck nicht genannt wurde. Annahmen zufolge handelt es sich jedoch um eine Schweigegeldzahlung an U.S. Pornodarstellerin Stormy Daniels. Daniels, die 2004 eine Affäre mit Trump gehabt haben soll, wurde vor der Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 von Cohen bezahlt, um negative Pressemeldungen über Trump zu vermeiden. Trump bestritt bislang, von dieser Abmachung gehört zu haben. Hinsichtlich seiner Zahlung an Daniels äußerte er laut *New York Times* einst, es wäre „nahezu alles falsch wiedergegeben worden, oder falsch gesagt, oder von der Presse falsch recherchiert worden.“ Im letzten Monat gab der Präsident die Existenz der Schweigegeldzahlung via Twitter jedoch zu. Trumps Kritiker werfen ihm nun Unglaubwürdigkeit hinsichtlich seiner Finanzen vor, da er die Zahlung bereits in seiner Abrechnung aus dem Jahr 2017 hätte erwähnen müssen. Die *Chicago Tribune* sieht Trumps Unehrlichkeit lockerer und kommentiert, Trump wäre eben nicht „wie andere Präsidenten.“ Beweis dafür wären schließlich sein häufiges Posten auf Twitter sowie die Veröffentlichung des Finanzreports, der „nicht perfekt und subjektiv ist und eine Zahlung an einen Pornostar enthält.“ In Zeiten, in denen Ermittlungen gegen Trump und seine Verbindung zu Russland laufen, tragen solche Ungereimtheiten jedoch nicht zu seiner allgemeinen Glaubwürdigkeit unter der Bevölkerung bei.

In Santa Fe, Texas ereignete sich am Freitag ein trauriges Ereignis, das die Debatten um eine Verschärfung der amerikanischen Waffengesetze neu entflammen lässt. Ein siebzehnjähriger Schüler schoss am Morgen in einer örtlichen High School um sich und tötete dabei neun Schüler und eine Lehrkraft. „Was am Freitag in Santa Fe passierte, erinnert uns wieder einmal daran, dass wir uns in den Fängen einer tödlichen Krankheit befinden: der Krankheit der Waffengewalt,“ betont der *Houston Chronicle* die Notwendigkeit einer Änderung der Waffengesetze. U.S. Präsident Trump reagierte auf die Tragödie mit vagen Aussagen, die nicht auf eine radikale Gesetzesänderung hindeuten. Er meinte, man müsse

Waffen von jenen Personen fernhalten, die eine Gefahr für sich selbst und andere darstellen. Auf einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der National Rifle Association (NRA) ließ er jedoch verlauten, die wahre Gefahr würden Messer darstellen und Amerikaner müssten nie um ihr Recht bangen, Schusswaffen zu tragen, solange er Präsident sei. Der texanische Gouverneur Greg Abbott fordert dagegen Änderungen und sieht dabei großes Potenzial in persönlichen Diskussionen. Laut den *Dallas Morning News* will er „sofort beginnen, Interessensvertreter zu versammeln, um zügig Lösungen zu erarbeiten.“ Er erhofft sich, dass im Endeffekt „reale Lösungen in Gesetze gefasst werden,“ die durch solche Diskussionen erarbeitet werden sollen. Die *New York Times* titelte „Bitte, lasst das nie zur Gewohnheit werden!“ und stimmt den Reportern der *Dallas Morning News* zu: „Wenn Kinder ihr Leben in einer Massenschießerei verlieren, muss weiterhin darüber geredet werden.“

Quellen:

<https://www.nytimes.com/>

<https://www.bostonglobe.com/>

<http://www.latimes.com/>

<http://www.chicagotribune.com/>

<https://www.houstonchronicle.com/>

<https://www.dallasnews.com/>